

Abschlussklärung des Internationalen Urantransporttreffens Münster

„Urantransporte sofort stoppen - Uranabbau, Urananreicherung und Brennelementefertigung beenden“

Münster, 30. November 2014

AtomkraftgegnerInnen aus Russland, Frankreich und den Niederlanden sowie Schleswig-Holstein, Hamburg, Bremen, Niedersachsen, NRW und Rheinland-Pfalz forderten an diesem Wochenende in Münster auf einem Internationalen Urantransporttreffen ein Ende der zahllosen Urantransporte, die nicht nur in Deutschland und Europa, sondern weltweit den Betrieb der Atomindustrie sicherstellen. Zugleich forderten sie den weltweiten Uranabbau zu stoppen und die uranverarbeitende Industrie stillzulegen. Zudem solle die deutsche Bundesregierung endlich die Urananreicherung in Gronau sowie die Brennelementefertigung in Lingen beenden. Beide Atomanlagen sind bislang vom Atomausstieg ausgenommen und beliefern Atomkraftwerke in der ganzen Welt.

Geheime Urantransporte quer durch Europa – Lebensader der Atomindustrie

Auf der Urankonferenz berieten die TeilnehmerInnen intensiv über die erheblichen Gefahren der zumeist streng geheimen Urantransporte. Sie verfolgten die Spur der Urantransporte vom Uranabbau in Kasachstan und Usbekistan via Russland über die Ostsee und durch den Nord-Ostsee-Kanal zur zentralen Urantransport-Drehscheibe im Hamburger Hafen. Von dort rollt das Uranerzkonzentrat per Bahn durch Niedersachsen, Bremen, NRW und die Mosel-/Saar-Region zur Uranverarbeitung in Narbonne-Malvési und Pierrelatte in Südfrankreich. Als Uranhexafluorid gelangt es später zur Urananreicherung nach Gronau oder in die niederländische UAA Almelo. Der nächste Schritt ist die Areva-Brennelementefertigung in Lingen, bevor die Endprodukte oftmals erneut über den Hamburger Hafen, aber auch über Rotterdam in alle Welt verschickt werden.

Die Konferenz verurteilt, dass Frankreich, Deutschland, Russland und die Niederlande weiterhin in vielfältiger Weise eine Zukunft der Atomindustrie ermöglichen. Das ist nicht akzeptabel. Die AtomkraftgegnerInnen fordern zudem von den deutschen Landesregierungen ein konsequentes Einschreiten gegen die wachsende Zahl von Urantransporten, die zahllose Menschen gefährden. Insbesondere die Landesregierungen in Hamburg, Niedersachsen und NRW wurden für ihre Untätigkeit kritisiert. Auch die betroffenen Kommunen wurden aufgefordert, sich aktiv für einen Stopp der geheimen Urantransporte einzusetzen.

Die Konferenz begrüßt die zahlreiche Proteste gegen Urantransporte in diesem Jahr, darunter das Sommercamp in Kiel sowie mehrstündige Blockaden von Urantransporten in Hamburg und der Brennelementefabrik in Lingen. Weitere Proteste fanden u. a. in Gronau, Osnabrück, Münster, Köln, Bonn und Trier statt.

Uranmüllberge wachsen weltweit – kein Endlos-Uranmülllager in Gronau

Zudem kritisierten die TeilnehmerInnen, dass es für den weltweit anfallenden Uranmüll – wie für jeden anderen Atommüll – keine sichere Entsorgung gibt. Schon in den Uranabbauländern fällt massenhaft Uranmüll an. In Gronau soll nun in 2015 ein neues großes Uranmülllager für 60 000 Tonnen Uranoxid in Betrieb gehen – zeitlich unbefristet! Die TeilnehmerInnen lehnen die Inbetriebnahme dieser Endlos-Uranmülllagerung in Gronau ab.

Der geplante Verkauf des Urananreicherers Urenco auf dem Weltmarkt ist unverantwortbar, weil die Urananreicherung der einfachste Weg zur Atombombe ist. Nur die sofortige Beendigung der Urananreicherung ist akzeptabel.

Gronauer Uranmüll in Russland: Russische Umweltschützerin kündigt neue Strafanzeige an

Bis 2009 gelangten aus Gronau rund 27 000 Tonnen Uranmüll nach Russland. Dieser Uranmüllexport war illegal, 2006 stellten russische UmweltschützerInnen Strafanzeige gegen den Gronauer Urananreicherer Urenco. Doch erst vor wenigen Wochen erkannte die Bundesregierung zögerlich an, dass es sich tatsächlich um Atommüll handelt und nicht um „Wertstoff“, wie von Urenco behauptet. Bislang lehnt die Bundesregierung jede Verantwortung für den deutschen Atommüll in Russland ab. Eine russische Umweltschützerin aus Ekaterinburg kündigte nun in Münster an, den illegalen Atommüllexport von Gronau nach Russland von der Münsteraner Staatsanwaltschaft erneut überprüfen zu lassen.

Die TeilnehmerInnen verurteilten zudem scharf die Versuche der russischen Regierung, russische Umwelt- und Menschenrechtsorganisationen wie Ecodefense durch repressive Gesetze zu „ausländischen Agenten“ zu erklären. Ecodefense droht momentan die Zwangsauflösung. Die Konferenz forderte deshalb nachdrücklich, die sehr engagierte Arbeit der Nichtregierungsorganisationen zu respektieren und zu schützen. Die Konferenz ruft zur Solidarität mit Ecodefense auf.

Die AtomkraftgegnerInnen kündigten weitere gemeinsame Proteste gegen Urantransporte und die Uranindustrie an.

Weitere Infos zu den Urantransporten und zur Uranindustrie:

www.urantransport.de, www.sofa-ms.de, www.robinwood.de, www.wise-uranium.org, www.umweltfairaendern.de

Fotos zum Urantransportetreffen:

<http://www.anti-atom-aktuell.de/fotos/20141129-internationales-urantransporte-treffen>